Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 147. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 27. Juni 1931. | 13. Jahrgang.

Nicht allein der scharfe Stachel,
Süßer Seim auch ward den Bienen;
Meiden wir das Gift des einen,
Muß uns doch das andre dienen.

Friedr. W. Weber.

Eine Rede Stegerwalds.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat vor einigen Tagen vor Funktionären der christlichen Gewerkschaften in Berlin über die Notverordnung eine Rede gehalten, in der er mit verblüffender Offenherzigkeit die Lage gekennzeichnet hat, wie sie ist. Stegerwald gab zu, daß die nicht leistungsfähigen Kreise am härtesten betroffen seien. Aber man habe sich drehen und wenden können, wie man wolle, ein anderes Resultat sei nicht zu erzielen gewesen (?). Menschen mit hohem Einkommen gäbe es nur noch wenige (??) und Kapital sei auch nur noch wenig vorhanden. Wenn man auch das noch zerschlage und die Möglichkeit der Kapitalbildung unterbinde, dann würde Deutschland bald ein Land mit leeren Werkstätten sein, und das barbarische Elend, das dann einträte, sei nicht vergleichbar mit den Notständen der heutigen Zeit. Es müssen daher von allen Kreisen die schwersten Opfer verlangt werden, also auch von der Arbeitnehmerschaft, die mit ihren sozialpolitischen Wünschen sich innerhalb der Grenzen bewegen müßte, die bei der jetzigen Lage tragbar seien. Er für seine Person müßte es ablehnen, daß die sozialpolitischen Maßnahmen des letzten Jahres als sein Programm angesehen würden; denn der sozialdenkendste Reichsarbeitsminister könne auf dem Schutthaufen des Jahres 1931 keine befriedigende und gerechte Sozialpolitik machen, wenn man keine Katastrophenpolitik betreiben wolle.

Es ist geradezu tragisch, daß Adam Stegerwald, dessen Lebensarbeit es war, den Deutschen Gewerkschaftsbund zu schaffen, in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher und nationaler Not dazu berufen ist, Reichsminister für Sozialpolitik zu sein. Er sowohl wie alle anderen auch, die aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen sind, setzen sich, auf diesen Posten gestellt, der Gefahr aus, von der Arbeiterschaft nicht mehr verstanden zu werden. Tatkräftige Sozialpolitik setzt eine leistungsfähige Wirtschaft und einen gesunden Staat voraus. Beides ist heute nicht vorhanden, so daß selbst vor anderthalb Jahren sozialdemokratische Minister und jetzt auch Stegerwald bremsen und zur Vernunft raten mußten. Während für Stegerwald staatspolitische Notwendigkeiten, gewiß auch solche wirtschaftlicher Art, zwangsläufig richtunggebend sind, bemühen sich Arbeitgeberkreise, die durch die grauenhafte Arbeitslosigkeit (bezw. eine 12-jährige hemmungslose Erfüllungspolitik. — Die Red.) hervorgerufene Lage auszunützen, um die Errungenschaften auf sozialem und arbeitsrechtlichem Gebiet wesentlich zu lockern und insbesondere die tarifrechtlichen Bindungen abzustreifen. Die Zeitverhältnisse sind dafür um so günstiger, weil dem Staat heute das starke Rückgrat fehlt, selbst sich durch tausend Nöte hindurch lavieren muß und nicht mehr in der Lage ist, zu weitgehenden Rückwärtsbestrebungen sich zu widersetzen. Die Arbeiterschaft verfügt andererseits auch nicht mehr über die notwendige Stoßkraft, um die sie schädigenden Angriffe auf die Soziaeinrichtungen abzuwehren. Die Arbeitslosigkeit hat die Arbeiter mürbe gemacht, und da Brot nun einmal zum Leben gehört, läßt man manches über sich ergehen, um im Besitz einer Arbeitsstelle zu bleiben. Die Gewerkschaften lassen es zwar an Eingaben an die Reichsregierung nicht fehlen, drohen auch wohl, soweit sie die Macht dazu haben, gelegentlich mit politischen Komplikationen, im übrigen aber wissen auch sie, daß man heute über gewisse Grenzen nicht hinweg kann.

Zwischen diesen Strömungen steht Stegerwald als Puffer, auf den aller Unmut und alle Unzufriedenheit abgeladen wird, aus den Kreisen der Arbeitgeber, denen er nicht willfährig genug ist, wie auch aus den Kreisen seiner gewerkschaftlichen Freunde, die nicht restlos begreifen, daß Gewerkschaftsführer und Reichsarbeitsminister sein, nicht ein und dasselbe ist. Man muß bei Aufrollung dieser Fragen berücksichtigen, wie die Lage sich entwickelt hat. Unsere verschiedenen Versicherungsanstalten befinden sich zum Teil in einer katastrophal trostlosen Lage. Das Reich weiß nicht mehr, wie die Riesensummen für die Arbeitslosen aufgebracht werden sollen. Reichszuschüsse und erhöhte Beiträge sollen über die Not hinweghelfen, was aber nur tropfenweise gelingt; im übrigen wird das Defizit immer größer. Die Knappschaftskasse, die gegen die alten Rentenbezieher große Verpflichtungen hat, andererseits aber infolge der Arbeitslosigkeit einige Hunderttausend Beitragszahler eingebüßt hat, ist zahlungsunfähig geworden und soll auf Kosten der Angestelltenversicherung wieder flott gemacht werden. Die Invalidenversicherung geht ebenfalls einer bedenklichen Entwicklung entgegen, während die Krankenversicherung allmählich für die Beteiligten eine teuere Sache geworden ist. Lediglich die Angestelltenversicherung kann sorgenfreier in die Zukunft schauen, da bei gleichbleibender Entwicklung die vorhandenen Reserven bis zum Jahre 1974 eine gewisse Sicherheit geben. Alle die aus dieser Lage sich ergebenden Gefahren sieht natürlich Stegerwald, sehen auch die Gewerkschaften, nur mit dem Unterschied, daß der Reichsarbeitsminister, wie auch die Reichsregierung, als verantwortliche Instanz, die Reformschwierigkeiten gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchfechten müssen unter Berücksichtigung der damit gleichlaufenden Interessen des Reiches, während die Arbeitnehmer sich mit aller Macht gegen Leistungsschmälerungen sträuben und die Arbeitgeber aller Schattierungen weiteren Abbau der Soziallasten verlangen.

An diesen Dingen hat nun auch die Notverordnung ein klein wenig gerüttelt und Stegerwald die undankbare Aufgabe, diese und andere Maßnahmen der Reichsregierung, soweit sie die Arbeitnehmer belasten, gegen die eigenen Freunde verteidigen zu müssen. Zwar erkennen die christlichen Gewerkschaften an, daß die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands ein entschlossenes Handeln der Reichsregierung erforderlich macht. In einer Hauptvorstandssitzung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, die dieser Tage in Düsseldorf stattfand, wird aber auch gefordert, daß über die in Aussicht gestellten Erleichterungen hinaus eine beschleunigte Abänderung der Notverordnung erfolgen muß. Wer wollte den christlichen Gewerkschaften diese Forderungen verargen, da ja alle Stände, bezw. Wirtschaftsgruppen energisch gegen die sie treffenden Bestimmungen Sturm gelaufen sind. Auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben eine lange Entschließung veröffentlicht, die sich nicht nur mit den reinen Arbeitnehmerfragen beschäftigt, sondern das ganze finanz- und wirtschaftspolitische Gebiet behandelt und diesbezügliche Vorschläge macht und Forderungen aufstellt, die sich vielfach mit den auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig gefaßten Beschlüssen decken. Man kann dazu nur sagen, daß es leicht ist, umwälzende Forderungen aufzustellen, die neben teilweiser Berechtigung doch nur agitatorischen Wert haben, wenn man außerhalb der Verantwortung steht. Anders sieht es aus, wenn man von verantwortungsvoller Stelle aus für einen dauernden Bestand der sozialen Einrichtungen zu sorgen hat. Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß vor zwei Jahren die sozialdemokratischen Minister im Kabinett Hermann Müller sich mit Händen und Füßen gegen Leistungserhöhungen in der Sozialversicherung sträubten, als von sozialdemokratischer und demokratischer Seite solche Anträge gestellt wurden. Man braucht deshalb kein Gegner der Arbeitnehmerinteressen zu sein, wenn man eine Reform der Versicherungsgesetzgebung fordert und dabei der Arbeiterschaft empfiehlt, so schwer es auch fallen mag, lieber auf das eine oder andere zu verzichten, als die Gefahr eines baldigen Zusammenbruches heraufzubeschwören. Eine sichere Grundlage liegt mehr im Interesse der Arbeitnehmer, als „ausreichende" Versorgung in allen Lebenslagen, die aber letzten Endes nur noch in der Luft hängt. Es ist anzunehmen, daß auch dies die Stellungnahme ist, die Stegerwald einnimmt. Er, der selbst als Holzarbeiter aus der Arbeiterschaft hervorgegangen ist und 30 Jahre für die soziale, wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Besserstellung des Arbeiterstandes gekämpft hat, wird kein Reaktionär, der heute verleugnet, was er jahrzehntelang gepredigt hat. Wenn Stegerwald heute vielfach anders handeln muß, dann geschieht das aus staatspolitischen Erwägungen, an denen kein Mensch vorbei kann, der Verantwortungsgefühl besitzt und aus der Erkenntnis heraus, daß die wirtschaftliche Notlage einengende Grenzen gebieterisch vorschreibt. Den Arbeitgebern sei aber auch gesagt, daß es auch für sie Grenzen gibt, die aus Gerechtigkeitsgründen den Arbeitern gegenüber eingehalten werden müssen. Es ist nicht angängig, die gegenwärtige Zwangslage auszunutzen, um alles abzustreifen, was die Arbeitgeber schon seit Bismarcks Zeiten bekämpft haben. Eine Verständigung über die Leistungsfähigkeit aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten ist daher geboten.

W. W.

Politische Gefahren aus der Notverordnung.

Ueber zwei Dinge muß ich mich zur Zeit immer wieder wundern, über die große Unbekümmertheit, mit der die Regierung immer neue Lasten auf die Schultern des werktätigen Volkes legt, und andererseits über die Geduld, mit der diese Lasten vom Volke getragen werden. Jedes Mal heißt es, so kann es aber nicht weitergehen, aber abgesehen von kaum nennenswerten Unruhen, ist trotz der großen Not noch alles ruhig geblieben, so daß man annehmen darf, daß selbst dann, wenn mit noch mehr Arbeitslosen durch den nächsten Winter gegangen werden sollte, mit Unruhen nicht unbedingt gerechnet zu werden braucht. Voraussetzung ist allein, daß der Staat seinen Haushalt zum Ausgleich bringt.

Menschen, die seit langer Zeit aus der Arbeit heraus sind, machen keine Revolution. Nur stolze, sich ihres Wertes und der Berechtigung ihrer Ansprüche bewußte Menschen, die aus der sie bedrückenden Not und dem sicheren Gefühl nach einem zu gewinnenden Ziel heraus handeln, wagen die bestehende Ordnung umzustoßen. Die Menschen werden sehr selten sein, die durch die Arbeitslosenunterstützung gegangen sind, die Krisenfürsorge an sich erfahren und die Demütigungen der Wohlfahrtsfürsorge ausgekostet haben, und dann noch den Stolz besitzen, zu sagen: Wir wollen keine Gaben, wir wollen unser Recht! Wirkliche Revolutionen erfordern das volle Wertbewußtsein freier Persönlichkeiten. Ich schäme mich für jeden gesunden Volksgenossen, der bettelnd an meine Tür kommt, denn er ist mein Bruder, und in ihm fühle ich mich selbst erniedrigt. Ich schäme mich des Staates, der so wenig das ist, was er zu sein vorgibt, eine Volksgemeinschaft. Wahre Volksgemeinschaft besteht erst dann, wenn alle frieren, solange noch einer friert, und alle hungern, solange noch ein Volksgenosse unverschuldet Hunger leiden muß.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, kann ich es verstehen, wenn gesagt wird, die Notverordnung habe den letzten Rest des Vertrauens vernichtet, das die heute zur Führung berufenen Vertreter des Volkes noch besessen hätten.

Die Beamtenschaft hat sicher alle Ursache, ungehalten zu sein; sie steht so gut wie wehrlos den Bestimmungen gegenüber. Mag sich der Deutsche Beamtenbund noch so sehr in flammenden Protesten ergehen, es sind nur Trockenblitze, die er zu versenden hat, die niemals zünden können. Die Beamtenschaft wird es wohl unterlassen, dazu beizutragen, daß der Ast abgesägt wird, der sie trägt. Ob die Regierung staatspolitisch gehandelt hat, muß bezweifelt werden. Die Kürzung der Beamtengehälter ist und bleibt ein Eingriff in wohlerworbene Rechte und kann dadurch nicht zu einer gesetzmäßigen Maßnahme werden, daß sie zu einem Staatsakt gemacht wird. Sie bleibt ein Akt der Willkür. Besonders unverantwortlich wird sie den untersten Beamten gegenüber durch die Herabsetzung der Kinderzulage. Mag diese Bestimmung von den höheren und mittleren Beamten auch leicht oder noch eben ertragen werden, der untere Beamte kann den Abzug, der ihn verhältnismäßig viel stärker drücken wird, nicht verwinden. Ein Beispiel für viele: Am heutigen Morgen kam die Mutter eines begabten Schülers und meldete bei mir ihren Sohn von der Mittelschule ab, weil die Aufbringung des Schulgeldes unmöglich geworden sei. Bislang hatte die vierköpfige Familie nach Abzug der Miete und der sonstigen Abgaben 85 RM für den Monat zurückbehalten, durch die Notverordnung sei die Summe auf 70 RM zusammengeschmolzen. Man kann sich denken, mit welcher Freudigkeit dieser Beamte seinen Dienst tun wird.

Für den Staat werden allerdings die Bestimmungen gefährlicher werden, durch die die Unterstützungen der Arbeitslosen herabgesetzt werden. Die Erwerbslosenfürsorge dürfte meines Erachtens nicht angetastet werden. Das verbietet allein schon die tiefe seelische Not, in die diese Opfer unseres Wirtschaftslebens geworfen sind. Ich weiß, daß die Tiefe des Leides von den Nichtbetroffenen, zu denen ich auch gehöre, niemals ganz empfunden werden kann, aber im Umgang mit den Kindern der Unglücklichen kann ich ahnen, was für ein Weh durch die Familien gehen muß, vermag ich die tiefen Spuren zu erkennen, die hier in die Herzen unschuldiger Kinder so tief eingegraben werden, daß das Leben sie niemals mehr verwischen wird.

Ein halbes Jahr beziehen die Erwerbslosen die Arbeitslosenunterstützung, gleichsam die Prämien ihrer Versicherung. Das ist entschieden die glücklichste Zeit ihres Leidensweges. Schon das zweite Stadium, die Krisenfürsorge, ist geeignet, den Menschen zu demütigen. Er be-

zieht eine öffentliche Unterstützung, von der der Staat vier Fünftel und die Gemeinde ein Fünftel bezahlt. Peinliche Prüfungen müssen erst die Bedürftigkeit ergeben haben. Wenn der Betreffende aber 32 Woken diese Fürsorge an sich erfahren hat, dann wird er „ausgesteuert", d. h. er wird Wohlfahrtsempfänger. Der Staat zieht seine Hand zurück. Die Gemeinden haben die Pflicht, ihre Gemeindearmen zu unterhalten. Das niederdrückende Gefühl, Wohltaten zu empfangen, beugt den Menschen nieder.

Wie sehr die Lage gespannt ist, geht am besten aus der Zahl der Arbeitslosen hervor. Vor einem Jahr wurden von 15 Millionen Versicherten Beiträge bezahlt. Sie hatten 2,8 Millionen Erwerbslose zu unterstützen. Heute stehen 12½ Millionen Versicherten 4 Millionen Arbeitslose gegenüber. Dadurch ist es notwendig geworden, daß die Beiträge verdoppelt wurden, und diese Beitragserhöhungen tragen die Arbeitnehmer dank den Maßnahmen und Verordnungen der Regierung allein. Durch den Preisabbau, der mit dem Abbau der Gehälter und Löhne begann, der vor den Warenpreisen aber Halt machte, ist es dem Besitz gelungen, die Reparations- und Krisenlasten in weitem Umfange auf die Schultern des werktätigen Volkes abzuwälzen. Leider hat das Volk diesen Vorgang gar nicht begriffen, sonst würde es ihn nicht so stillschweigend hingenommen haben. Generaldirektor Reusch hat auf einer Tagung des Langnamvereins auf die Frage: „Was ist zu tun?" die Antwort gegeben: „Wir müssen uns wieder nach oben hungern, wie es das alte Preußen nach den Freiheitskriegen getan hat." Vom sichern Port läßt sich's gemächlich raten. Man kann leicht von Hunger reden, wenn andere ihn erleiden sollen. Kaum droht eine Maßnahme, durch die der Besitz schärfer herangezogen werden soll, dann antwortet er mit der Kapitalflucht ins Ausland. Die Arbeiterschaft hat aber keinen anderen Schutz als den, den ihre Vertretung ihr zu gewähren vermag. Solange sie noch den Glauben hat, daß ihre Interessen in der Volksvertretung gewissenhaft wahrgenommen werden, folgt sie der politischen Führung. Ob es nach Billigung der Notverordnung der SPD gelingen wird, ihre Massen von der Notwendigkeit ihres Handelns zu überzeugen, davon wird es abhängen, ob die Regierung noch in derselben Weise fortfahren kann zu regieren, wie sie es getan hat, oder nicht. Wenn das Volk den Glauben verloren hat und annimmt, daß die Regierung die Möglichkeit hat, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln das Dasein der Nation erträglicher zu gestalten, als sie es tut, dann trennt keine Maßnahme mehr von dem Umsturz, der eintreten muß, ganz einerlei, von welcher Seite er kommen mag.

V. K.

Im Kampfe für Volkstum und Glauben.

II.

Als eine kleine völkische und konfessionelle Minderheit leben die etwa 900 000 evangelischen Deutschen in Polen unter 22 Millionen Katholiken. Ihnen sicherte Polen im Minderheitenschutzvertrag „das gleiche Recht zu, auf ihre Kosten Wohlfahrts- und religiöse und soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und zu beaufsichtigen mit dem Rechte, hier ihre eigene Sprache zu gebrauchen und ihre Religion zu betätigen". Die Deutschen in den abgetretenen Gebieten Posen und Westpreußen atmeten auf, als dieses Schriftstück von Polen unterzeichnet worden war. Damit schien ihnen genügend Lebensraum für die Entfaltung ihrer nationalen und kirchlichen Eigenart und zur Erfüllung ihrer nationalen und kulturellen Aufgaben gewährleistet. Um so größer aber war die Enttäuschung, als Polens wirkliche Minderheitenpolitik in der Folgezeit allen Zusagen und allen Bestimmungen der Verträge ins Gesicht schlug.

Polen denkt in keiner Weise daran, fremdes Volkstum, fremde Kultur und fremde Religion bei sich zu dulden. Es führt einen erbitterten Kampf gegen alle Regungen und Bestrebungen des fremden Volkes. Das erleben wir nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet durch Boykottierung und Verdrängung aller unbequemen Elemente. Derselbe Kampf wird auf kulturellem Gebiet geführt. Man unterdrückt die fremden Sprachen, man hindert und stört die Pflege des fremden Lebens und Wesens in jeder Hinsicht. Dieser Kampf trifft vor allem die evangelische Kirche und die Schule.

Der Kampf geht von unten nach oben. Die evangelische Kirche in Polen kämpft um ihr Recht. Sie möchte zum Staat in ein klares, geordnetes Verhältnis kommen. Sie möchte dem Staat geben, was des Staates ist, aber sie verlangt dafür Freiheit und Wahrung ihrer Lebensinteressen. Aber es ist bis heute nicht zum Abschluß eines geregelten Vertrages zwischen evangelischer Kirche und polnischer Staatsregierung gekommen, trotz aller Bemühung von evangelischer Seite. Die Verfassungsurkunde des polnischen Staates gibt zwar jedem vom Staate anerkannten Religionsverband gleiches Lebensrecht. Nichtsdestoweniger aber sucht der polnische Staat durch immer neue Eingriffe das Leben der evangelischen Kirche zu unterbinden und zu stören.

Wir hören manches von den Leiden und Kämpfen unserer Brüder in Rußland. Das ist recht so. Aber wir wollen nicht darüber vergessen, was evangelische Christen auch sonst zu dulden haben. Auch in Polen sind die Diener der evangelischen Kirche vogelfrei. Im Mai 1923 wurden mit einem Schlage 12 Geistliche deutscher Staatsangehörigkeit ausgewiesen, weil — Deutschland 12 arbeitslose Polen ausgewiesen hatte. Das ist nur ein Fall unter vielen. Der Pfarrer gilt noch heute als der geistige Führer des Volkstums, da er, zumal auf dem Lande, oft der einzige Vertreter deutscher Intelligenz in seiner Gemeinde ist. So trifft ihn zuerst der Haß und die Anfeindung, die sich gegen seine Landsleute richtet. Allen Schikanen ist er ausgesetzt; durch Ausweisungen, Verhaftungen und Haussuchungen hat man es erreicht, daß heute von 406 Pfarrerstellen nur noch die Hälfte besetzt sind; im Laufe der nächsten Jahre ist noch ein weiterer Rückgang zu erwarten, da mehr als ein Drittel dieser 212 Pfarrer das 60. Lebensjahr bereits überschritten haben.

Die Folge davon ist, daß die Gemeinden verwaisen und veröden. Die noch immer im Amt sich befindenden Pfarrer sind überlastet und werden kaum noch ihren Aufgaben gerecht. So kommt es vor, daß ein Pfarrer vier Gemeinden und sechs Predigtstellen in einem Umfang von 42 Kilometer verwaltet. Das bedeutet um so mehr, wenn man bedenkt, daß diese Gemeinden in ständiger Kampfbereitschaft zu halten sind. Die Arbeit des Pfarrers ist hier stets den ärgsten Verdächtigungen ausgesetzt. Man vermutet hinter allem, was er tut, staatsfeindliche Bestrebungen. Er wird stets belauscht und bespitzelt und das Damoklesschwert der Ausweisung und Verhaftung schwebt immer über seinem Haupt. Wahrlich, es bedeutet in Polen schon etwas, ein Bote des Evangeliums zu sein.

Aber der Kampf richtet sich längst nicht nur gegen den offiziellen Vertreter der evangelischen Kirche, sondern mit gleicher Schärfe gegen die Gemeinde selbst. Man kann zwar das Recht derselben nicht antasten, aber Gewalt geht vor Recht. Störungen des öffentlichen Gottesdienstes oder sonstiger kirchlicher Feiern, Friedhofsschändungen sind gerade nicht eine Seltenheit in Polen. Einzig in seiner Art steht der Netztaler Kirchenraub. Er wirft ein helles Licht auf die Lage der Evangelischen in Polen. An einem Sonntagabend im Mai 1924 versammelten sich vor der evangelischen Kirche in Netzthal etwa 200 Polen. Sie verlangten vom Kirchendiener den Schlüssel, drangen in die Kirche ein, öffneten die Tür mit einem nachgemachten Schlüssel, läuteten die Glocken und hißten auf dem Turm die polnische Flagge. Vor der Kirche brach die Menge in Jubelrufe aus und stimmte ein polnisches Kirchenlied an. Wenn auch die Ruhe und der alte Besitzstand von der Polizei wiederhergestellt und die Aufrührer auf Landfriedensbruch verklagt und vor Gericht gezogen wurden, — sie wurden freigesprochen. Das ist ein Stück deutscher und evangelischer Rechtlosigkeit in Polen.

Unter schwerstem Verdacht steht hier selbstverständlich auch jede Vereins- und Jugendarbeit von kirchlicher oder nationaler Seite. Auf allen Seiten wittert man politische Umtriebe und sucht ihnen entgegenzuwirken. Dagegen scheut man sich auf polnisch-katholischer Seite nicht, in jeder Weise schon die Jugend für sich zu gewinnen und in seiner Weise zu beeinflussen. Bereits in der Schule und im Kindergarten fängt diese Bearbeitung der jungen Menschen im polnisch-katholischen Sinne an, um sich später an der Lehrstätte und beim Militär, bei Nationalfeiern und anderen Gelegenheiten fortzusetzen. Eine besondere Gefahr für das junge Mädchen bildet die Versuchung zur Mischehe, da bei der starken Abwanderung der Deutschen die Aussicht einer Verheiratung mit einem deutschen Mann in vielen Fällen gering erscheint. Neue Proben treffen den Mann, der sich zu seinem Volkstum und seinem Glauben bekennt, im Betrieb, in der Fabrik und im Bergwerk. Mancher wagt mit diesem Bekenntnis seinen Beruf und sein Auskommen, seine Heimat und sein Leben.

Daß unter den geschilderten Verhältnissen auch die Werke der Inneren Mission aufs schwerste um ihr Leben und ihren Bestand zu ringen haben, ist leicht zu verstehen. Polen versucht zwar erstaunenerregender Weise in der Wohlfahrtspflege Vorbildliches zu leisten, aber nur im ausschließlich nationalistischen und konfessionellen Sinn. Werke der evangelischen Liebestätigkeit sucht Polen durch Liquidation oder auf andere Weise in seine Hand zu bekommen. Wo das nicht gelingt, sucht man ihnen in jeder Weise das Leben einzuengen. Die Unterstützungen aus öffentlichen Wohlfahrtsinstituten werden, wenn nicht ganz eingestellt, so doch stark beschränkt und verlangsamt. Die Verbindung mit der heimischen Christenheit wird unterbunden oder in jeder Weise erschwert. Der Dienst der freien Kräfte der evangelischen Diakonie wird beargwöhnt und verdächtigt. Volksmission, Kolportage, Presseарbeit unterstehen alle der gleichen Not und Gefahr.

Gedanken eines Harmlosen.

(Schluß.)

Haben wir uns das vorige Mal mit den sogenannten „Schönheitskönigginnen" beschäftigt, so habe ich inzwischen erfahren, daß es auch Modekönigginnen, sogar Baumwollköniginnen gibt und — man höre und staune — seit 1931 haben wir in der alten „Seestadt" Leipzig gar eine Badekönigin!

Der Mensch soll sich nun einmal nicht ärgern, aber was soll man denn anders tun, wenn da der Reichsinnenminister Dr. Wirth in Hildesheim in einer großen öffentlichen Zentrumskundgebung sagt, daß der Weg schon beschritten sei, der zu einer durchgreifenden Erleichterung der Tributlasten führen soll. Der „Weg" führt natürlich im Kreise herum, denn acht Tage vorher verkündet der Reichsfinanzminister der ganzen Welt am Rundfunk bei „Versüßung", ich meine Begründung, der Notverordnung, daß an den Tributzahlungen nichts zu ändern sei, die müßten wir bezahlen. Von Sand in die Augen streuen darf man heute nicht sprechen, aber sehen wir doch endlich ein, und wenn auch nur auf Grund der 12-jährigen Erfahrungen: Notverordnung, Diskonterhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Steuererhöhung, Lohn- und Gehaltsabbau usw. usw. führen nur zu neuem Wirtschaftsniedergang, größerer Arbeitslosigkeit, höherem Defizit. Wehe, wenn der russische Fünfjahresplan gelingt, und es besteht mindestens die Möglichkeit, daß er dank der Hilfe seitens der Intelligenz und des Geldes der halben Welt — auch Deutschlands — in zirka zwei Jahren gelingt, dann überschwemmt Rußland mehr als ganz Europa mit so billigen Waren, daß die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 12 Millionen steigen muß.

Wenn ich heute öfters von Erschrecken gesprochen habe, so muß ich bekennen, es ist mir eiskalt über den Rücken gelaufen, als ich dieser Tage das Buch las: „Nationalsozialismus und Katholizismus." Es ist erst im März dieses Jahres geschrieben worden in Valkenburg von Jakob Rötges S.J., also, wenn ich recht unterrichtet bin, im Jesuitenlager entstanden. Es stellt bei kleinem Druck auf 223 Seiten eine Klarlegung der Stellungnahme des gesamten hochwürdigsten Episkopats" zum Nationalsozialismus dar und erfolgt ausdrücklich mit „kirchlicher Druckerlaubnis". Außerordentlich geschickt und mit unendlicher Mühe ist wohl alles zusammengetragen, was die katholische Kirche (ich möchte lieber Rom sagen) gegen diese vaterländische Bewegung aufbringen konnte. Wird einerseits Hitler und seiner Bewegung viel Anerkennendes gesagt, so fehlt es andererseits nicht an beißendem Hohn. So sehr es reizt, es fehlt aber der Raum, um auf Einzelheiten einzugehen, es genügt aber an dieser Stelle auch, wenn wir nur den Schluß des Buches beleuchten. Da heißt es auf Seite 211, daß der Nationalsozialismus eine Reihe ganz bestimmter Grundforderungen und Bedingungen loyal erfüllen muß, ehe er mit dem Katholizismus vereinbar ist, und es werden 9 einzelne Punkte aufgeführt. Da heißt die 1. Bedingung:

„Das Hauptbuch der NSDAP., Hitler, Mein Kampf, bedarf einer gründlichen Umarbeitung; die Weltanschauung und das Kulturprogramm, die es entwirft, sind in Einklang zu bringen mit der katholischen Glaubens-, Sitten- und Gnadenlehre. Es genügt hierzu an sich der kleine Katechismus. Die notwendige Beratung wäre einzuholen nicht bei irgendwelchen namenlosen „theologischen Autoritäten", sondern bei den offiziellen Vertretern des kirchlichen Lehramtes, also bei den Bischöfen."

Die 5. Bedingung lautet:

„Das Erziehungsprogramm der NSDAP. ist so einzustellen, daß es in keinem Punkte mehr einen Gegensatz zur Erziehungs-Enzyklika Pius XI. enthält."

Aus dieser vaterländischen Bewegung würde also eine katholische Bewegung werden.

Der Schluß der 9. Bedingung lautet:

„Das Zentrum hat von allen Parteien am tiefsten, schärfsten und wirksamsten Hand in Hand mit der Kirche den Marxismus bekämpft und bekämpft ihn noch. Das kann nur skrupellose Volksbetörung in Abrede stellen."

Dafür wird wohl kein Deutscher Verständnis haben, um so mehr aber hieraus ersehen, wie Katholizismus und Sozialdemokratie Hand in Hand arbeiten. Aber das Schlimmste kommt als Abschluß aller 9 Bedingungen, dort heißt es: (Gesperrt im Original)

„Falls der Nationalsozialismus auf unsere Forderungen und Bedingungen nicht eingehen könnte, müßten wir ihn als Katholiken als eine zugleich antikatholische wie antinationale Bewegung mit allen Mitteln zu überwinden suchen. Die Kirche versteht sich auf diesen Kampf, . . . Sie wird gegebenenfalls auch keine neuen Christenverfolgungen scheuen. Dazu greift sie zurück auf ihre altrömischen Erfahrungen, dafür hat sie sich neuerdings wieder eingeübt in Mexiko und Rußland."

Ernst Heiter.

Bündnisangebot der RGO an die SPD-Proleten.

Am 20. und 21. Juni tagte in Berlin die Reichskonferenz der Roten Gewerkschaftsopposition (RGO), bei der 250 Leiter der Industriegruppen, Großbetriebe und Erwerbslosen vertreten waren. Diese kommunistische Gewerkschaft, welche anfangs Januar bekanntlich in Essen gegründet wurde, hat jetzt nach Angabe jener Parteipresse 250 000 Mitglieder in 3500 Betrieben. Das ist angesichts der kolossalen Anstrengungen, die man in der Propaganda gemacht hat und zumal, wenn es sich so verhält, wie die Dortmunder Zeitung zu berichten wußte, daß keine besonderen Beiträge gefordert werden, kein sonderliches Resultat gegenüber der Gewerkschaft des alten (sozialdemokratischen) Verbandes, der weit über eine Million Mitglieder zählt trotz der enormen Beiträge, die gefordert werden, so daß dort ein Kriegsfonds von mehr als 50 Millionen Mark vorhanden ist.

Darum kann man es verstehen, daß auf dem Reichsbezirkstag, obwohl man mit dem Erfolg sehr zufrieden tut, doch ein Halbjahrsplan vom 1. August ab mit dem Endziel einer Mitgliederzahl von einer halben Million und Eroberung von fünftausend Betrieben aufgestellt wird. Um aber die Rüstung zum Streik der zwar augenblicklich durch Sistierung des Lohnabbaus im Ruhrkohlenbezirk hinausgeschoben ist, und das zum Glück, denn er hätte zu unabsehbaren Folgen geführt, wobei es sich aber, wie das „Berliner Tageblatt" sagt, „nur um eine kurze Vertagung des Lohnkonfliktes handelt", vorzubereiten, besonders auch jetzt gegen die letzte Notverordnung, so hat die Reichskonferenz beschlossen, ein öffentliches Angebot eines Bündnisses an die sozialdemokratischen Arbeiter und Anhänger der Gewerkschaften zu richten. Es heißt in diesem Aufruf unter anderem:

„Die Bruderhand den SPD-Proleten! Die Reichskonferenz der RGO hat beschlossen, mit aller Energie den Kampf der Massen gegen die Notverordnung Brünings und die Lohnabbau-Offensive zu führen. Wir sind überzeugt, daß ihr dasselbe wollt. Darum bildet mit uns die proletarische Einheitsfront. Wir reichen euch die Hände ehrlicher Proletarier entgegen. Wir erwarten, daß ihr einschlagt — und in den Betrieben die Einheitsfront aller Klassenkämpfer organisiert."

St.

Eine Kirche unter dem Kreuz, so darf man es getrost auch von der evangelischen Christenheit in Polen sagen. Solche Zeiten gehen nicht fruchtlos vorüber. Den Segen davon erhält die verfolgte und bedrückte Kirche selber. Ein neues Besinnen auf die letzten Quellen ihrer Kraft wird ihr geschenkt, ein neuer Sinn der Gemeinschaft und des Zusammenstehens und ein neuer Wille zum Dienst und zum Opfer, — das sind die Früchte, die aus der Not wachsen. Daß unsere evangelischen Brüder in Polen solche Früchte reichlich ernten und zum Segen für sich und andere fruchtbar machen möchten, das kann man ihnen nur wünschen.

H. Ste.

Bleibt Frankreich Sieger?

„Inoffizielle" Prüfung der Abänderungswünsche.

Die in Washington ausgegebene Mitteilung, nach der der französische Botschafter Claudel dem Staatssekretär Stimson die französische Antwortnote zum Vorschlag des Präsidenten Hoover überreicht hat, ist jetzt von höherer Stelle dahin richtiggestellt worden, daß Botschafter Claudel lediglich vom Referenten für Westeuropa kurz empfangen worden ist. Es wurde hinzugefügt, daß man eine Auskunft darüber, ob die Note übergeben wurde, strikte ablehne.

Staatssekretär Stimson hatte im Weißen Hause eine lange Konferenz mit Präsident Hoover, dem stellvertretenden Schatzsekretär Mills und dem Führer der republikanischen Senatsfraktion, Senator Watson. In der Presse wird hieraus gefolgert, daß man wahrscheinlich die französische Antwortnote als nicht formell empfangen betrachten wolle in der Erwartung, die französische Regierung zu einem größeren Entgegenkommen bewegen zu können.

Die bereits früher gemeldete Aeußerung Stimsons, man werde von dem Grundprinzip des Vorschlags Hoovers nicht abweichen, erfolgte, nachdem der Staatssekretär durch den Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, Edge, über den Inhalt der französischen Antwort unterrichtet worden war.

In Regierungskreisen vertritt man den Standpunkt, daß angesichts der so kritischen Lage Deutschlands eine Teillösung, geschweige denn ein Zurückgreifen auf die Bestimmungen des Youngplans Deutschland nicht die dringend benötigte Hilfe bringe.

*

Italien für rasche Durchführung.

— Rom, 26. Juni.

Wie die italienische Nachrichtenagentur bekanntgibt, hat die italienische Regierung der Reichsregierung und den Regierungen von England und Frankreich offiziell die Annahme des Hoover-Vorschlages durch Italien mitgeteilt. Im italienischen Außenministerium fand auf Veranlassung des Regierungschefs eine Zusammenkunft der Minister des Auswärtigen, der Finanzen und des Gouverneurs der Bank von Italien statt, mit dem Zweck, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine rasche und genaue Ausführung des Hoover-Vorschlages ab 1. Juli sicherzustellen.

*

Kredit für die Reichsbank.

Amerika, England, Frankreich und die BIZ. stellen 100 Millionen Dollar zur Verfügung.

— Berlin, 26. Juni.

Wie verlautet, werden die Federal Reserve Bank in Neuyork, die Bank von England, die Bank von Frankreich und die Baseler Bank für internationale Zahlungen der deutschen Reichsbank einen Ueberbrückungskredit in Höhe von 100 Millionen Dollar — d. s. 420 Millionen Mark — gewähren, der am 16. Juli zurückgezahlt werden soll. Die Mobilisierung des Geldes erfolgt zu gleichen Teilen.

In Berlin legt man der Teilnahme der Bank von Frankreich an dieser Kreditaktion große Bedeutung bei. Was die finanzielle Auswirkung des Kredits betrifft, hilft der Ueberbrückungskredit die Reichsbank über die gefürchteten Ultimoschwierigkeiten hinweg, wie sie diesmal dadurch drohten, daß die Reichsbank große Devisenverluste erlitten hat.

Nach dem letzten Ausweis der Reichsbank hat die Reichsbank bis zum 23. Juni in acht Tagen die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen abermals um 366,1 Millionen Mark vermindern müssen, so daß die Deckung der Noten durch Gold und Devisen von 48,1 Prozent in der Vorwoche auf 40,4 Prozent gesunken ist. Im ganzen hat die Reichsbank damit seit Ultimo Mai 979 Millionen Mark Gold verloren. Einschließlich der Devisenabgaben beträgt der Gesamtverlust etwa 1200 Millionen Mark. Inzwischen hat sich nun eine Wendung zum Besseren angebahnt.

Mit der Hilfsaktion Hoovers hat der Ueberbrückungskredit an und für sich nichts zu tun, doch muß die nunmehr gegebene Sicherheit für eine reibungslose Ueberwindung des Ultimos wirtschaftspolitisch die Nerven entspannen und das Vertrauen in den deutschen Kredit erheblich stärken und damit die Durchführung des vorerst nur in seinen Grundzügen festgelegten Hoovers-Plans erleichtern.

*

Das endgültige Reiseprogramm Stimsons.

— **Washington,** 26. Juni. Am Donnerstag spätnachmittag erklärte der Staatssekretär Stimson, daß mit Einverständnis Hoovers beschlossen sei, auf der Europareise mit den Außenministern Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens über die Schuldenfrage zu verhandeln. Seine Ankunft in Neapel werde am 7. Juli erfolgen, anschließend seine Weiterfahrt nach Rom. In Paris werde er am 15. Juli sein und am 21. Juli nach Berlin kommen, um am 27. Juli nach London zu fahren. Stimson betonte, daß er während des Besuches Macdonalds und Hendersons in Berlin nicht dort anwesend sein werde.

Frankreichs Einladung

an Reichskanzler und Außenminister.

— Paris, 26. Juni.

Das französische Kabinett hat den Vorschlag Dr. Brünings zu einer mündlichen Aussprache nach dem Muster von Chequers aufgegriffen.

In der Unterhaltung, die Briand mit dem deutschen Botschafter hatte, kam er auf die Anregung zurück und machte die offizielle Mitteilung, daß die französische Regierung sich sehr freuen würde, den Reichskanzler und andere Mitglieder des Kabinetts recht bald in Paris begrüßen zu können. Eine formelle Einladung auf einen bestimmten Tag ist nicht erfolgt.

Der Termin für den Besuch kann nicht festgelegt werden, solange der Meinungsaustausch zwischen Washington und Paris andauert; außerdem ist die Abwesenheit des Kanzlers und des Außenministers von Berlin unmöglich zu einer Zeit, in der jeden Augenblick Ueberraschungen eintreten können. Erst nachdem völlige Klarheit über den Vorschlag Hoovers besteht, wird die französische Regierung anfragen, ob eine offizielle Einladung angenehm ist.

Die Krisenlohnsteuer.

Durchführungsbestimmungen des Reichsfinanzministers.

Der Reichsfinanzminister hat soeben die Durchführungsbestimmungen über die Krisensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger, die sogenannte Krisenlohnsteuer, veröffentlicht. In diesen Bestimmungen heißt es u. a.:

Krisenlohnsteuerpflichtig sind die nach §§ 2, 3 des Einkommensteuergesetzes einkommensteuerpflichtigen Personen, die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer) unterliegen (Lohn- und Gehaltsempfänger).

Krisenlohnsteuerpflichtig ist der Bruttoarbeitslohn.

Vom Bruttoarbeitslohn dürfen zur Errechnung der Krisenlohnsteuer die in § 70, Abs. 2, 3 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten oder die nach § 75 des Einkommensteuergesetzes erhöhten lohnsteuerfreien Beträge sowie vorbehaltlich der Vorschrift der §§ 6, 7 sonstige Beträge nicht abgezogen werden. Für die Zurechnung von Einnahmen zum Arbeitslohn gelten die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes entsprechend. Die dort getroffene Entscheidung ist für die Krisenlohnsteuer bindend.

Die Krisenlohnsteuer wird von dem Arbeitslohn erhoben, der für die Zeit nach dem 30. Juni 1931 und vor dem 1. Januar 1933 gewährt wird.

Der Krisenlohnsteuer unterliegen nicht die Aufwandsentschädigungen, die nach § 36 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes nicht zum Arbeitslohn gehören, die in § 8 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Bezüge und Gebührnisse. Bare Auslagen, die dem Arbeitnehmer vom Arbeitgeber gesondert ersetzt werden, zum Beispiel Reisekosten, Tagegelder und Auslösungen in angemessenem Umfange, bleiben für die Berechnung der Krisenlohnsteuer außer Betracht.

Von der Krisenlohnsteuer sind befreit:

1. Lohn und Gehaltsempfänger, bei denen mit Rücksicht auf die Höhe der in § 70, Abs. 2, 3, § 75 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten lohnsteuerfreien Beträge im jeweiligen Lohnzahlungszeitraum ein Steuerabzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer) nicht einzubehalten ist;

2. die im Kapitel I des Zweiten Teils der Verordnung vom 5. Juni 1931 bezeichneten Lohn- und Gehaltsempfänger mit den Einnahmen, die in dem dort vorgesehenen Umfang gekürzt werden.

Die Krisenlohnsteuer von den nach Maßgabe des § 5 gewährten einmaligen Einnahmen (§ 73 des Einkommensteuergesetzes) beträgt, wenn die einmaligen Einnahmen in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 1931 und im Kalenderjahre 1932 jeweils insgesamt

1. den Betrag von 1000 RM nicht übersteigen, 1,5 %,
2. den Betrag von 1000 RM, aber nicht den Betrag von 3000 RM übersteigen, ... 3,5 %,
3. den Betrag von 3000 RM übersteigen, . . 5 %

der einmaligen Einnahmen, ohne Rücksicht darauf, für welchen Zeitraum sie gezahlt wurden.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die sich ergebende Krisenlohnsteuer für Rechnung der bei ihm beschäftigten krisenlohnsteuerpflichtigen Personen bei jeder Lohn- oder Gehaltszahlung einzubehalten.

Die Krisenlohnsteuer ist für Lohn- und Gehaltszahlungen in der Zeit vom 1. bis zum 15. eines Kalendermonats am 20. dieses Kalendermonats, für Lohn- und Gehaltszahlungen in der Zeit vom 16. bis zum Schluß eines Kalendermonats am 5. des folgenden Kalendermonats fällig.

Ozeanflieger nach Moskau unterwegs.

Die amerikanischen Ozeanflieger Post und Gatty sind nach kurzem Aufenthalt in Berlin früh 7.38 Uhr vom Tempelhofer Flughafen zum Fluge nach Moskau gestartet. Nach den vorliegenden Wettermeldungen dürften die Flieger in 1500 Meter Höhe über der Wolkendecke gutes Wetter und Rückenwind haben.

*

In Moskau gelandet.

Die beiden amerikanischen Ozeanflieger Post und Gatty sind, von Berlin kommend, in Moskau gelandet und dort von Vertretern der Sowjetregierung und der Presse begrüßt worden.

Die dänischen Ozeanflieger in Krefeld.

— Krefeld, 25. Juni.

Die beiden dänischen Flieger Hillig und Holris, die von Neuyork zu einem Ozeanflug nach Kopenhagen starteten, sind am Donnerstag, nachdem sie seit mehreren Stunden als verschollen angesehen werden mußten, in Krefeld im Rheinland notgelandet. Die Piloten erklärten, sie hätten während des Fluges die Orientierung verloren und sich insbesondere über Spanien und Frankreich verirrt. Nach der Notlandung in Krefeld rüsteten die Flieger sogleich zur Weiterfahrt nach Kopenhagen.

In einem Gespräch erklärten die beiden Flieger, die einen frischen Eindruck machten, daß sie auf der ganzen Strecke schlechtes Wetter gehabt hätten und in 4000 Meter Höhe über den Wolken fliegen mußten. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 180 Kilometer. Sie wären über Spanien und Frankreich geflogen und hätten in Krefeld eine Zwischenlandung vorgenommen, um zu tanken. — Der Apparat hat einen Motor von 300 PS., die gleiche Type, mit der Chamberlin und Levine den Ozeanflug machten. Die Flieger sind nach Kopenhagen gestartet.

*

Die Dänemarkflieger nach Bremen zurückgeflogen und gelandet.

— **Bremen,** 25. Juni. Nachdem die Dänemarkflieger Kreise über der Stadt gezogen hatten, entfernten sie sich in der Richtung nach Hamburg. Bald darauf erschienen sie jedoch wieder über Bremen und landeten 10 Minuten vor 22 Uhr glatt auf dem Bremer Flugplatz. Der Flugzeugführer war derartig erschöpft, daß man nunmehr versuchen will, einen Ersatzflieger zu erhalten.

* **Amerikas Marineluftschiff „Los Angeles" durch Feuer beschädigt.** Das Marineamt in Washington erhielt von Commander Dresel in Lakehurst die telephonische Mitteilung, daß ein unbedeutender Brand an Bord des Marineluftschiffes „Los Angeles" an der Außenhülle des Luftschiffes geringfügigen Schaden angerichtet hat. Als Brandursache wird Kurzschluß vermutet.

Aktivierung der Kolonialpolitik.

Jahresversammlung der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft.

Die in der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft vereinigten kolonialen und kolonialinteressierten Verbände traten zu einer Jahresversammlung zusammen, in der Gouverneur z. D. Dr. Schnee über den Stand der Kolonialbewegung und die von der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft ergriffenen Maßnahmen zur Aktivierung der deutschen Kolonialpolitik und zur Bekämpfung der englischen Annexionspläne berichtete.

Eine eingehende Aussprache ergab die völlige Uebereinstimmung der kolonialen Verbände hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und volkserzieherischen Notwendigkeit einer baldigen Erweiterung des deutschen Lebensraumes durch die Wiedergewinnung der deutschen Kolonien. Der Vorsitzende Dr. Schnee konnte feststellen, daß alle kolonialen Verbände darin eines Willens sind, daß an den deutschen kolonialen Ansprüchen unverändert festgehalten werden müsse.

Von einigen Seiten wurde betont, daß bei der kolonialen Aufklärungsarbeit die Möglichkeiten der Ansiedlung von Deutschen in den Kolonien stärker in den Vordergrund gerückt werden sollten. Mit Bezug auf die Lösung des Ostproblems wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß die Verfolgung der deutschen kolonialen Ziele damit keineswegs im Widerspruch stehe, sondern daß im Gegenteil die Erweiterung und Ergänzung der deutschen Lebensgrundlage durch koloniale Räume eine Stärkung Deutschlands in seinem Ringen um die Lösung des Ostproblems sein würde.

Gemeinden und Notverordnung.

Entschließung des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preußischen Landgemeinden.

— Berlin, 26. Juni.

Die Vorstände des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preußischen Landgemeinden erörterten die Auswirkungen der letzten Notverordnung. Im Anschluß an ein Referat des Präsidenten, Landrat a. D. Dr. Gereke-Pressel, faßte der Vorstand eine Entschließung, in der u. a. zum Ausdruck gebracht wird, daß die Notverordnung vom 5. Juni 1931 „trotz der erkennbaren Bestrebungen der Reichsregierung, die unerträglich gewordene Finanznot der Gemeinden zu mildern", keine Lösung der finanziellen Krise bringe.

Der Vorstand betont ferner, daß in den Landgemeinden Ersparnisse nicht mehr gemacht werden und ohne weitgehende Beteiligung des Reiches und der Länder die notwendigen sozialen Ausgaben nicht mehr geleistet werden könnten, so daß sich daraus in Kürze die schwersten staatspolitischen Gefahren ergeben müßten. **Die deutschen Landgemeinden sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß sämtliche Länder ihre Ersparnisse aus der Gehaltskürzung in vollem Umfange den Gemeinden zur Erleichterung ihrer Wohlfahrtslasten überweisen, wie dies der ursprüngliche Entwurf der Notverordnung vorsah.**

Zu den besonderen preußischen Verhältnissen faßte der Vorstand des Verbandes der Preußischen Landgemeinden eine zweite Entschließung, in der auf die Gefahren hingewiesen wird, die sich aus der Nichtbeachtung der wirtschaftlichen Notlage der Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände entwickeln müsse.

Zusammenstöße in Rybnik.

Massenaufgebot von Polizei gegen Erwerbslose. — Auch Schüler mißhandelt.

In der ostoberschlesischen Stadt Rybnik veranstalteten die Erwerbslosen große Kundgebungen, gegen die die mit Stahlhelmen, Karabinern und Revolvern ausgerüstete polnische Polizei einschritt. Bei der Räumung der Straßen machte das starke Polizeiaufgebot ausgiebig vom Gummiknüppel Gebrauch. Mehrere auf dem Wege zur Schule befindliche Besucher der Handelsschule und des Gymnasiums wurden verprügelt. Eine Anzahl Demonstranten wurde verhaftet. Die Erregung über das Vorgehen der polnischen Polizei ist in der Stadt groß.

Die „Polonia" gibt das in Rybnik verbreitete Gerücht wieder, daß unter den von auswärts zugezogenen Polizeikräften sich viele Mitglieder des Aufständischenverbandes befinden, die, in Polizeiuniform gekleidet, als „Polizeihilfsmannschaften" verwendet worden sein sollen.

:: **Spartakiade ohne Ausländer.** Amtlich wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung keiner ausländischen Kommunisten-Delegation die Einreise-Erlaubnis zu der jetzt vom Polizeipräsidium Berlin zugelassenen Spartakiade erteilen wird.

Brand im Böhmerwald.

3 Tote.

— **Prag,** 26. Juni. In der Nacht zum Donnerstag brach in der Ortschaft Perneck im Böhmerwald ein Brand aus, der sich rasch ausbreitete und fast den ganzen Ort vernichtete. 24 Häuser brannten vollständig nieder. Der Bürgermeister, dessen Frau und Kind kamen infolge Rauchvergiftung ums Leben.

Zugunglück im Korridor.

— **Berlin,** 25. Juni. Der in Berlin planmäßig 19,04 Uhr eintreffende D-Zug D 56 hatte am Donnerstag abend eine etwa einstündige Verspätung. Auf der polnischen Strecke Warschau-Kalisch-Posen war kurz vor Posen ein polnischer D-Zug mit einem polnischen Arbeiterzug zusammengestoßen. Der aus Königsberg kommende deutsche D-Zug D 56, an den der polnische D-Zug Anschluß hat, erlitt dadurch eine erhebliche Verspätung. In Posen nahm er einige leicht Verletzte auf, die sofort nach ihrem Eintreffen in Berlin in Krankenhäuser überführt wurden. Welches Ausmaß das Zugunglück vor Posen hatte, ließ sich bisher nicht feststellen.

*

Drei Leichtverletzte

— **Warschau,** 26. Juni. Nach den hier bis jetzt vorliegenden Nachrichten aus Posen ereignete sich das Zugunglück im Korridor am Donnerstag nachmittag in der Nähe der Eisenbahnstation Kostschin, auf der Strecke Wreschen-Posen. Der fahrplanmäßig aus Warschau um 9 Uhr vormittags nach Paris über Posen und Berlin abgehende internationale D-Zug fuhr kurz nach der Eisenbahnstation Kostschin auf den letzten Wagen eines von einem Nebengleise kommenden und nach Wreschen rollenden Güterzuges auf. Der Güterwagen wurde zum Teil zertrümmert. Drei Passagiere des D-Zuges erlitten infolge des Zusammenstoßes leichtere Verletzungen, konnten jedoch nach Anlegung eines Notverbandes ihre Reise fortsetzen.

Ein Gesetzbuch deutschen Sportlebens.

Im Rahmen der Eröffnung des neuen Sportgeländes am Rande des Habichtwaldes, das den Schlußstein in der Errichtung der Reichslehrstätte des „Eichenkreuz" in Kassel-Wilhelmshöhe bildet, wurde am 14. Juni das soeben fertiggestellte „Eichenkreuz-Gesetz" feierlich in Kraft gesetzt. Dieses jüngste „Gesetzbuch" deutschen Sportlebens geht in seiner Bedeutung weit über eine Zusammenfassung der üblichen Regeln und Ausführungsbestimmungen für Wettkämpfe und deren Wertung hinaus, indem es **grundsätzliche Gesichtspunkte,** wie sie das „Eichenkreuz" im Laufe mehrerer Jahrzehnte auf dem Boden evangelischer Mannesjugend erarbeitet hat, knapp und wirkungsvoll zusammenfaßt und damit einen Weg zur Gesundung deutschen Sportlebens weist. Seinen praktischen Ausdruck findet das in der Art der **Eingliederung der Leibesübungen in die Gesamtorganisation,** wie sie hier im einzelnen festgelegt wird. Aber auch bei der Gestaltung der Eichenkreuz-Feste und Wettkämpfe kommt die Eigenart der evangelischen Jungmännerbewegung auf dem Gebiet des Sports durch eine starke **Zurückdrängung der Einzelleistung gegenüber den Mannschaftskämpfen** zum Ausdruck. Neue Wege, die nach dieser Richtung hin in den letzten Jahren auf Bundesturnfesten des „Eichenkreuz" erprobt wurden, sind hier beschrieben und werden sicherlich weit über die Kreise des „Eichenkreuz" hinaus Beachtung finden, zumal dort, wo man heute mehr und mehr beginnt, den **„Lebendigen Rasen"** als Ausdruck einer neuen Form turnerischer Feste, wie ihn das „Eichenkreuz" geschaffen hat, zu übernehmen. In welchem Sinne das „Eichenkreuz-Gesetz" verstanden sein will, geht übrigens aus dem schönen Leitwort Jahns hervor, das ihm als Motto gegeben: „Gute Sitten müssen auf dem Turnplatz mehr wirken und gelten als anderswo weise Gesetze." — Wenn das erste Exemplar dieses neuen „Gesetzbuches" bei der oben erwähnten Gelegenheit durch den Vorsitzenden des „Eichenkreuz" in die Hände des Reichsturnwarts Willy Müller gelegt wurde mit der Bitte, daß er wie ein „treuer Eckart" über diesem Gesetz wachen möge, so kam damit auch der herzliche **Dank für eine jetzt fast 10-jährige ehrenamtliche Tätigkeit** auf diesem verantwortungsvollen Posten zum Ausdruck.

Danksagung!

A. W. Empfang von 2 Paketen Lebensmitteln für die notleidenden Waldbewohner bestätigt dankend der Landrat des Landkreises Hildburghausen in Thüringen.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde zu Bethel. Sonntag, den 28. Juni 1931, 4. S. n. Tr. 8½ Uhr: Pastor Wörmann. 9 Uhr: Pastor Stratenwerth. 10 Uhr: Pastor Roniche. 11½ Uhr: Kindergottesdienst. Montag 20¼ Uhr: Gosen, Gemeindebibelstunde. Donnerstag 19½ Uhr: Pastor Kirschsieper.

Schildesche. Sonntag, den 28. Juni 1931. 8 Uhr vorm.: Frühgottesdienst, Pastor Neuhaus. 9 Uhr vorm.: Kinderlehre für die Konfirmierten von Pastor Neuhaus. 10 Uhr: Hauptgottesdienst, Pastor Hopmann. 1½ Uhr nachm.: Kindergottesdienst. — Dienstag, den 30. Juni 1931. 8¼ Uhr abends: Bibelstunde in Untertheesen. 8½ Uhr: Bibelstunde im Hellingskamp.

Waldgottesdienst bei gutem Wetter auf der Waterbör.
Am Sonntag, den 28. Juni 1931, vorm. 10¼ Uhr: P. Pawlowski.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Heute, Freitag, 8¼ Uhr Bibelstunde in Gosen; Jesaia 9, 7 ff. (P. Lic. Schlatter). Samstag Arbeitsdienst im Senneheim 2¼ Uhr ab Gemüsestelle.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Christliches Erholungsheim
Schönblick
Schwäbisch Gmünd

Reizende Höhenlage, mitten in Laub- und Tannenwald. Würzige, ozonreiche Luft! Erquickende Stille. Gut bürgerliche Küche. Diätetisch. Geistliche Wegzehrung für müde Pilger in schwerer Zeit durch tägliche Andachten. Gesenkte Preise Mk. 4.— bis Mk. 5.50. Das ganze Jahr geöffnet. Baldige Anmeldung für den Sommer ratsam.

Haushaltungskurse für lernbegierige Töchter finden statt vom 1. Nov. bis 15. Dez.; vom 1. Febr. bis 31. März 32, zu Mk. 2.50 pro Tag, alles eingeschlossen. Prospekte stehen kostenlos zur Verfügung. Die Verwaltung.



Für die Einmachzeit
empfehlen wir unsere bewährten
Aluminium-Einmachkannen
Außerdem machen wir Sie auf unsere
Korbwaren und Liegestühle
aufmerksam.
Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel

Ernst Münch, Brackwede
Hauptstraße 81
ZentRa-Uhren
in jeder Preislage

Jungborn Rudolf Justs Kuranstalt
IM HARZ und Sehschule Jungborn
35 JAHRE große Heilerfolge durch JUNGBORN-KUREN:
Wasser / Heilerde / Sonne / Luft / Atmung / Gymnastik / Massage / Diät- u. Fastenkuren
Ärztl. Leitung / Ganzjahrbetrieb / Prospekte frei

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik
ERNST DAVID
gegründet 1885
prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
liefert als Spezialität die von den
Posaunen-Chören
bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen" — Seite 20—26
Katalog und Preisliste gratis.

Bilanzsicherer
Buchhalter
verantwortungsbewußte u. durchaus vertrauenswürd. erste Kraft mit gründlicher Durchbildung u. langj. prakt. Erfahrungen im Buchhaltungswesen, 34 J., verh., sucht
Vertrauensstellung
Ia Referenzen u. Zeugn. stehen zur Verfügung. Angeb. unter A. 1667 an d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Suche für meine staatlich geprüfte
Kindergärtnerin
22 J., durchaus zuverl., welche einige Jahre im Kinderheim arbeitete u. die ich auch im Umgang mit Schulkindern warm empfehlen kann, weg. Abbau z. 1. Aug. evtl. später, Stellung, am liebst. in Fam.
Diakonisse Magdalene Tadey, Flensburg, Jürgensg. 11.

Mein echter
Tilsiter Vollfettkäse
mit 48/52% Fett i. T. kostet ab heute nur RM 0,90 pro Pfd. Versend erfolgt nur in Postkollis unt. Nachn., Porto u. Verpackung frei.
Friedrich Stotzka
Dampfmolkerei Jedwillelten, Post Motzwethen. Tilsiter Niederung.

Pianos
Harmoniums
erstklassige und solide Fabrikate.
Mäßige Preise! Bequeme Teilzahlung
Bielefelder Piano- u. Harmonium-Kdlg.
Otto Stierstadt
Bielefeld, Ellerstraße 17.
Gegr. 1905. Tel. 3787

Kleine christliche
Privat-Pension
Otto Roth
Luftkurort Auerbach a. d. B.
Villa, Garten. Sonnige Lage. Liegehalle. Bürgerl. Küche; Vegetar. und Rohkost. Bad im Hause. Preis Mk. 4.—, Mk. 5.—
Unglückliche und Minderbemittelte haben Ermäßigung.

Christliches Erholungshaus
„Elim" in Oberndorf b. Feudingen,
Kr. Wittgenstein, nimmt Erholungsbedürftige freundlich auf. Mäßige Preise bei guter Verpflegung. Stärkende, reine Luft, besonders für abgearbeitete und nervöse Menschen zu empfehlen, auch f. Familien sehr geeignet u. für Freizeiten. Große Wälder in der Nähe, Gelegenheit zu schönen Fußtouren. Tägliche Andacht. Badeeinrichtung. Anmeldungen an die Leitung erbeten.

Ausnahmeangebot für eine Woche!
9 Pfd. ff. ostfr.
Molkereibutter
nach Wunsch abgeteilt 12,50 Mk. fr.
Otto Doesken, Möhlenwarf (Ostfr.)

95 Pfg.-Serie
Enorm billiger Verkauf folgender Artikel

1 Paar Mako-Damenstrümpfe	zu 95 ₰	6 Staubtücher	zu 95 ₰
1 Paar Herrensocken in Mako und farbig	zu 95 ₰	4 Staubtücher extra schwer	zu 95 ₰
1 Frottierhandtuch 50/100 groß	zu 95 ₰	6 Netzstaubtücher	zu 95 ₰
1 Damenschürze indanthren	zu 95 ₰	2 Waffelhandtücher 50/100, gesäumt und mit Band	zu 95 ₰
1 Damenschürze in Siamosen	zu 95 ₰	3 Küchentücher rot kariert, H'leinen	zu 95 ₰
1 D.-Servierschürze	zu 95 ₰	1 Tischdecke kariert, 110/110 groß	zu 95 ₰
1 Damenhemd mit Träger	zu 95 ₰	6 Taschentücher mit Hohlsaum u. m. Zäckchen	zu 95 ₰
1 Damenhemd mit Schulterschluß	zu 95 ₰	Stickereien in Stücken von 9.20 Metern	zu 95 ₰
1 Damenschlüpfer Mako	zu 95 ₰	1 Kissenbezug ausfestoniert und mit Hohlsaum	zu 95 ₰

Heinr. Hirz
Bielefeld — Obernstraße 31

Zimmer
mit guter Verpflegung Nähe Kurhaus mit voller Pension 4.50 bis 5 Mk. zu vermieten.
Frau L. Wagner Ww., Bad-Rauheim, Burgstr. 25.

Es finden einige
Ruhe- und Erholungsbedürftige
liebevolle, gute Aufnahme und Verpflegung. Einf., saub., sonniges Haus. Beste frische und tiefgekühlte Milch jederzeit. Auf Wunsch Diät. Aeußerst preiswert.
Landw. Schröder, Wöhren, Post Blomberg (Lippe).

Wegen Krankheit bleibt meine
Praxis
etwa 3 Wochen
geschlossen.
Zahnarzt
Dr. Wehmeyer
Gütersloher Straße 12.



Haus Friedrich
Christliches Erholungsheim
nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer
August Friedrich und Frau
Telefon 34. — Prospekte frei.

Beilage des Aufwärts

Nr. 147. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 27. Juni 1931. | 13. Jahrgang.

Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein.

Am 29. Juni jährt sich zum 100. Male sein Todestag, und der Mann ist es wert, daß seiner gedacht wird, der Mann, auf dessen Grab die Inschrift steht: „Demütig vor Gott, hochherzig gegen Menschen, der Lüge und des Unrechts Feind, hochbegabt in Pflicht und Treue, unerschütterlich in Acht und Bann, des gebeugten Vaterlandes ungebeugter Sohn, in Kampf und Sieg Deutschlands Mitbefreier."

Stein war ein Patriot. Wohl hat er während seiner akademischen Jahre das Studium der englischen Geschichte und Politik betrieben, aber mit noch größerer Ehrfurcht schaute er auf historisch Gewordene im eigenen Vaterlande. Er war ein Bewunderer Friedrichs des Großen und entschloß sich darum, entgegen den Gewohnheiten des Reichsadels und seines Hauses, in preußische Dienste zu treten, und helle Köpfe in Preußen sahen in ihm eine Säule des Staates. Nicht viele trugen so wie er am Unglück, das über Preußen unter Napoleon hereinbrach, aber er war kühn genug, es auszusprechen, daß nicht die Nation, sondern die Nichtigkeit ihrer Fürsten das ungeheure Unglück verschuldete, in diesem Urteil Gneisenau beipflichtend, der schrieb: „Wir dürfen es uns nicht verhehlen, die Nation ist so schlecht wie ihr Regiment." Dem Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes galt seine Lebensarbeit, und sein Testament schließt mit der Mahnung an seine Erben „zu treuer und zu jeder Aufopferung bereiter Liebe zum Vaterlande". Und sein eigener Opfersinn ließ ihn dem Könige, der ihn erst einen widerspenstigen, ungehorsamen Staatsdiener genannt hatte, nun, als er den aus dem Dienst Entlassenen zurückrief, wieder folgen und eilte, als ein Held, der sich selbst bezwungen, dem König in sein Unglück nach. So ist die Inschrift, die er einst empfing, vollauf gerechtfertigt: „Höchste, sittliche Größe ist's, wenn ein Mann, den Geburts- und Glücksgüter zum Privatleben einladen, diese verleugnet und aus Pflichtgefühl ein mühevolles öffentliches Leben zum Besten anderer wählt."

Und Stein war Staatsmann. Als Friedrich Wilhelm III. die Leitung des Staates in seine Hände gelegt hatte, hat Stein in einer Denkschrift 1807 Gedanken ausgesprochen, die allerdings in schneidendem Widerspruch zu dem Geist der Staatsgewalt stehen, wie sie im Staat Friedrichs des Großen vorherrschte. Stein wollte an Stelle des Eingreifens der Staatsbehörden in Privat- und Gemeindeangelegenheiten die Tätigkeit des Bürgers setzen, ihn in das wirkliche Leben hineinrufen und zur Teilnahme an demselben nötigen. Er wollte das nicht im Sinn der Ideen der französischen Revolution, deren Leerheit er durchschaute, sondern er wollte den Neubau des Staates von unten beginnen. Heinrich von Treitschke bezeichnet diese Politik als eine konservativ-liberale und nationale gegenüber der nivellierenden Staatskunst der Romanen. Aus diesem Geist stammen Steins Edikte vom 9. Oktober 1807 über die Beseitigung der Unfreiheit des Landmanns und vom 19. November 1808 über die Städteordnung, das seinem Urheber das Lob eintrug, er sei mit größerem Recht als Kaiser Heinrich der Städtegründer der Deutschen zu nennen. Leider hat ein Gewaltstreich Napoleons Steins Plänen ein vorschnelles Ende bereitet. Ein Brief Steins, der den Fürsten von Wittgenstein zur Auflässigkeit gegen die Fremdherrschaft aufstachelte, wurde gefunden, und Stein wurde a m 19. November 1808 geächtet. Aber drei große, welthistorische Verdienste hat Stein nach Treitschkes Urteil: er hat die Grundlage geschaffen für die innere Umgestaltung Preußens, er hat mit glühendem Eifer sich eingesetzt für die Befreiung Europas vom Joche Napoleons, und er hat früher und schärfer als irgend ein Staatsmann die Einheit Deutschlands als das höchste Ziel deutscher Politik aufgestellt. E. M. Arndt hat Stein den politischen Luther genannt.

Stein war Christ und hatte seine evangelische Kirche lieb. Als Besitzer von Koppenberg war er Mitglied der Synode der Grafschaft Mark. Er hat sich noch im Jahre vor seinem Tode mit der Errichtung eines Predigerseminars beschäftigt und sich zu einem persönlichen Opfer von 5000 Talern dafür bereit erklärt. Er hat für die entlassenen Sträflinge getan, was er konnte, war also hierin ein Vorläufer Wicherns. Er hat mit der „Tabea Hamburgs", Amalie Sieveking, in Briefwechsel gestanden und darüber nachgesonnen, wie wohl ähnlich den barmherzigen Schwestern der katholischen Kirche eine evangelische Diakonie entstehen könnte. Vertieft wurde Steins Glaubensleben durch den Tod seiner Gattin, von der er ein schönes Lebensbild entworfen hat, und das Unglück des Vaterlandes. Seine immer religiöse Stellung war ganz evangelisch, wohl stand er auch zu Katholiken in freundlicher Beziehung, aber allen ultramontanen Bestrebungen blieb er feind, er wünschte, wie sein Freund Erzbischof Spiegel, nationale Selbständigkeit unserer katholischen Kirche. Beweglich ist ein Trostwort, das er einem Freunde bei dem Tode seines Kindes schrieb: „Suchen Sie, tiefgebeugter Freund, Trost bei dem, der all denen Erquickung verspricht, die mühselig und beladen sind. Suchen Sie es durch das Gebet: „Doch nicht mein, sondern dein Wille geschehe."

Stein war lange aus dem Gedächtnis der Deutschen herausgedrängt. Aber sein Bild soll als die lebendigste Zusammenfassung der in den Freiheitskriegen waltenden Kräfte doch wieder lebendig werden, denn es kann Mut und Zuversicht denen erwecken und stärken, die in der dunklen Gegenwart leben und oft verzagen wollen.

Cremer.

Dem großen Mann der deutschen Tugenden.

Zu Steins 100. Todestag.)

Von M. Zander.

Niemals im Laufe der Weltgeschichte geschah in wenigen Jahrzehnten eine größere Zeitwende, ein wilderer Aufbruch der dumpf und hart niedergehaltenen Völker als in jenem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Noch bauten, geblendet vom Glanze des Sonnenkönigs in Versailles, geistliche und weltliche Fürsten prunkvolle Schlösser und bannten in lachendem Rokoko und üppigem Barock Sinnentaumel und Weltlust. Noch setzten sie den Fuß hart auf den Nacken der Untertanen und hörten in skrupellosem Herrenmenschentum nicht das Donnerrollen einer heranwachsenden neuen Zeit. Und in diesem selben genußfrohen Jahrhundert vernichtete das gewaltige Völkererwachen der französischen Revolution Unter-

Väterart – Zukunftssaat

Wie die Väter einst gestritten,
Was sie trugen und erlitten,
Sagt euch der Geschichte Buch.
Laßt es nicht Papier nur bleiben,
In die Seele müßt ihr schreiben
Einen Wahr- und Lebensspruch.

Denn sie schufen und erbauten,
Weil der Zukunft sie vertrauten.
Ihre Zukunft, das sind wir,
Laßt sie nicht zuschanden werden!

Was der Väter Kraft auf Erden
Einst begann, vollbringt es ihr!
Wer nicht weiterbaut, zerstöret
Was euch mühlos heut gehöret,
Morgen wird's der Sturm euch rauben,
Wenn das Wollen und das Glauben
In den Seelen euch erschlafft.

Ernst von Wildenbruch.

gangsreifes und Morsches und gebar Neues und Zukunftsträchtiges. Wunderbare Fügung! Gerade in diesen chaotischen Jahrzehnten des Sterbens und Neuwerdens erstanden dem deutschen Volk Männer mit seltenen Fähigkeiten und genialen Gaben in so großer Zahl, wie Deutschland sie noch nie besaß: Lessing, Goethe, Schiller, Kant, Fichte und noch andere. Und Stein!

Ihrer aller Füße standen noch im heiteren Rokoko mit seinem wilden Lebensgenuß und seinem stolzen Weltbürgertum. Und ihre Häupter ragten hinein in die reinere Luft des neuen Frühlings der deutschen Nation. Sie alle halfen Zeitenwende gestalten; in Stein aber verkörpern sich die neuen Ideale der verantwortungsbewußten Lebensführung, des hohen Pflichtgefühls und des Dienstes am Volkstum in ganz besonderem Maße. — Fast instinktmäßig sicher findet er den ihm bestimmten Weg, indem er sich an den einzigen Fürsten anschließt, der im absolutistischen 18. Jahrhundert sich als ersten Diener des Staates bezeichnet. Sein Eintritt in preußische Dienste, ein ziemlich ungewöhnlicher Schritt bei einem Reichsfreiherrn, erklärt sich aus der großen Verehrung für Friedrich II. und aus der Anziehungskraft, den der unter diesem herrschende Geist der eisernen Pflichterfüllung und des Fortschritts auf Stein ausübte. Denn auch Stein glaubte — und damals noch leidenschaftlich mit dem starken Idealismus der Jugend — an die in der Tiefe des Volkstums ruhenden Kräfte, die es zu entwickeln gelte. Ihnen gehörte seine hoffnungsvolle Liebe; diesem Ziel galt im letzten Grunde der größte Teil seiner unermüdlichen Lebensarbeit von jenen ersten preußischen Tagen in Wetter a. d. Ruhr im Jahre 1780 bis zu den letzten müden und jenseitssehnsüchtigen in Cappenberg 1831.

Und wenn wir jetzt nach hundert Jahren dieses Mannes dankbar gedenken, so ruht unser Blick nicht in erster Linie auf seinem Werk, so bedeutend und grundlegend es für den Wiederaufbau des preußischen Staates und für die Erstarkung des deutschen Gedankens auch war. Denn alles Menschenwerk ist zeitbedingt und dem Wandel unterworfen. Blicken wir vor allem auf dieses Leben, das uns auch heute noch richtungweisend sein kann, da es in all seinen Höhen und Tiefen unwandelbare deutsche Tugenden verkörperte!

„Des Guten Grundstein,
Des Bösen Eckstein,
Aller Deutschen Edelstein!"

Welch ein Lob! Wie strahlend rein muß sein Leben gewesen sein in aller Dunkelheit jener Tage! Nicht erst in des großen Friedrichs Dienst lernte er die hohen Tugenden der untadeligen Ehrenhaftigkeit und Pflichterfüllung. Er brachte sie mit aus einem ritterlichen und wahrhaft adligen Elternhaus, wo ihm früh bewußt wurde, daß Adel verpflichtet. Leidenschaftlich nach Tätigkeit dürstend, bemüht durch eigne Arbeit überall höchste Leistung zu erzielen, voll strenger Wahrhaftigkeit und unbedingter Pflichttreue — so stand er, zweiundzwanzigjährig auf Westfalens roter Erde und zog die Augen seines Königs durch seine Leistung bald auf sich. Diese Jahre in Wetter bezeichnete er später als die glücklichsten seines Lebens, da er sie in „schöner Gegend in einer arbeitsvollen Einsamkeit" verbracht hätte. Was alles griff er hier an! Alexander von Humboldt nannte ihn den ersten Kenner des Bergfachs zu seiner Zeit. Produktions- und Exportfähigkeit des ihm unterstellten Gebiets hoben sich schnell; Straßendämme wurden gebaut, und zwar nicht wie anderwärts „mit dem unbezahlten Schweiße des Landvolks". Höchst nützliche Reformen auf steuerpolitischem Gebiet wurden eingeführt. Dem unermüdlich an seiner Weiterbildung Arbeitenden gewährte sein weitblickender König Urlaub zu Studienreisen, von denen er Berichte schicken mußte. Schon hier in diesen seinen Lehrjahren erkannte der spätere geniale Umformer des preußischen Staates, daß man die allen Volksteilen innewohnende sittliche Kraft beleben müßte, um zu einer bewußten, selbsttätigen Hingabe an das Ganze zu erziehen. Rechte wollte er erteilen, um zur Pflichterfüllung hinzuleiten. Den Mittelstand und den Bauer wollte er vom „Mietlingsgeist" befreien, um sie zur Benutzung ihrer Kräfte fähig zu machen. „Welche unendlichen Kräfte schlafen im Schoße einer Nation, unentwickelt und unbenutzt", schrieb er an Gneisenau.

Schnell stieg er zu den höchsten Beamtenstellen empor, nicht nur durch seine überragende Begabung und seltene Tüchtigkeit. Auch die wunderbare Lauterkeit seiner Gesinnung, die hohe Ethik seines Wollens, das nichts für sich persönlich, alles nur für das Volk und den Staat erstrebte, fand Bewunderung und Anerkennung. Und doch ließ Friedrich Wilhelm der Dritte in schwerer, drohender Notzeit seinen treuesten Berater gehen. Der König hegte „wegen seiner exzentrischen und genialischen Art tiefe Besorgnis". So war Preußen in den Monaten böseſter Verzweiflung seines besten Mannes beraubt. Der charaktervollste Gegner der napoleonischen Weltherrschaft saß fern vom Getümmel des Krieges, fern von den Geschäften der praktischen Politik. Doch auch jetzt arbeitete er in selbstloser Treue unermüdlich an Plänen für den Neubau des zusammengestürzten preußischen Staatsgebäudes. Er sah rings um sich Trümmer, Entmutigung, Zaghaftigkeit — und „glaubte dennoch nicht, daß der Geist des Bösen triumphieren werde". Ja, deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun!

In der höchsten Not rief man den Entlassenen zurück: „Sie allein, lieber Freund", schrieb der Minister Hardenberg, „können in diesem Augenblick retten, was Preußen bleiben wird. Sie allein können die Leiden lindern, die es zu Boden drücken! Sie sind der einzige, auf den alle guten Patrioten ihre Hoffnung setzen!"

Bei dem hohen Pflichtbewußtsein und der Lauterkeit von Steins Charakter erscheint uns seine Antwort selbstverständlich: „Ich befolge Ew. Majestät Befehle unbedingt", schrieb er und verließ wieder seine nassauische Heimat.

Man weiß, daß seiner erfolgreichen und aufopfernden Tätigkeit bald Napoleons haßerfüllter Befehl ein Ende setzte. Seine Güter wurden von „dem unreinen Tier, das die Ruhe Europas stört", konfisziert; er wurde zum Feinde Frankreichs und des Rheinbundes erklärt und seine Verhaftung „überall, wo er durch unsere oder unserer Verbündeten Truppen erreicht werden kann", angeordnet. Der mehr als Fünfzigjährige floh mit seiner Familie nach Brünn, später nach Prag, wo „der schnöde Müßiggang" ihn verzehrte und „das Zuschauen des allgemeinen Elends und des Treibens der Schlechten". Er wußte, daß auch in Preußen die große Partei der Reaktionäre und feigen Egoisten, die den sittlichen und sozialen Aufstieg des Volkes nicht wünschten, in ihm den Revolutionär sahen und über seine Aechtung jubelten. Trotzdem mahnte er in Briefen unermüdlich, „Liebe zu Gott, König und Vaterland sorgfältig zu pflegen", und erinnerte neben anderen Bibelstellen an das 13. Kapitel des 1. Korintherbriefes, an „die schöne Stelle über die Liebe, worunter die Liebe zum Vaterlande und dem unglücklichen König auch begriffen ist". Im Sommer 12 ging er dann nach Rußland, doch nicht als abhängiger Diener Kaiser Alexanders, sondern „um an den deutschen Angelegenheiten im Laufe des Krieges auf eine seinem Vaterland nützliche Art teilzunehmen".

Noch einmal steht er dann, als der Befreiungskrieg beendet ist, hochgeachtet zwischen den Großen der Erde. Als er, keiner Macht dienstbar, ein Staatsmann, der seine Stimme für Recht und Billigkeit nur zum Heile Deutschlands erhob, am Wiener Kongreß teilnahm. Er war hier der Einzige, der nicht für Sonderinteressen eines Einzelstaats, sondern nur für die Größe des ganzen Deutschlands stritt. Die deutsche Verfassung, die Beseitigung der Zerstückelung Deutschlands in 36 Despotien nannte er „die größte irdische Angelegenheit". In scharfem Gegensatz stand er zu Metternich, dem österreichischen Minister. Dessen seichte Frivolität, mit der er die wichtigsten Geschäfte behandelte, sein Mangel an Tiefe, Arbeitsamkeit und Wahrhaftigkeit war ihm höchst zuwider. Auch all die andern „Kleinheiten, die vielen mittelmäßigen Menschen, die wieder eine Rolle spielten", die feilschten und zankten, um kleine, persönliche Vorteile zu erringen und die vor-

nehmsten Bedürfnisse der Nation leichtsinnig und kalt rechnend verschacherten, bereiteten ihm quälende Sorge.

Die letzten Jahrzehnte seines Lebens verbrachte er meistens in der Stille seiner Landgüter. Unermüdlich tätig wie einst in seiner Jugend, bestrebt, die großen Gedanken des neuen Jahrhunderts in Taten umzusetzen, lebte er auch hier zum Segen für andere. Wie groß sein Ansehen in Deutschland war, beweist, daß aus dem Kriege zurückgekehrte Offiziere an Staatslehrer die Frage richteten, ob nach den alten Reichsgesetzen Stein zum deutschen Kaiser gewählt werden könnte.

Der tiefe Schmerz seines Alters aber war, daß er mit ansehen mußte, wie Metternichscher Geist die hoffnungsfrohen, jungen Kräfte der Nation erstickte, wie das deutsche Volk um den Preis seiner schweren Blutopfer betrogen wurde, wie das starke, einige deutsche Reich ein Traum blieb. Dennoch blieb er bei dem Glauben, „daß der große alte Gott auch seinem guten, deutschen Volk aus der Not helfen werde". Er starb am 29. Juni 1831 zu Cappenberg in der Hoffnung, „daß Gott ihn zu einer edleren Bestimmung führen werde, als die irdische ist".

Was sagt uns der Freiherr vom Stein hundert Jahre nach seinem Tode?*)

Von Prof. D. Karl Klingemann, Generalsup. i. R.

Die Größe eines Menschen wird nicht zum wenigsten daran gemessen, ob und wieweit er die eigene Zeit überragt. Wenn wir heute des Freiherrn vom Stein gedenken, der am 29. Juni 1831 von dieser Erde schied, so steht vor uns die lebensvolle Persönlichkeit, der gegenwärtige Mensch, der aus der Fülle schaffensfroher Lebenskraft auch unserem Geschlecht etwas zu sagen hat. Sein Lebenswerk ist auch heute nicht ausgeschöpft, und seine Größe besteht eben darin, daß in ihm Altes und Neues, Vergangenheit und Zukunft in wunderbarem Maße verbunden war. Im Jahre 1757, dem Jahre von Roßbach und Leuthen, geboren, ragt Stein noch in die Tage des alten Reiches, von dessen morschem Bau das junge Preußen sich lösen mußte. Vom Glanz des großen Friedrich war seine Jugend umstrahlt, und dem Christophorus gleich, der nur dem Größten dienen konnte, wählte er den Staat des großen Königs für seines Lebens Dienst. Und dabei blieb er doch der Reichsritter, der gerade als solcher, keinem fürstlichen Herrn untertan, sagen konnte: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland!" In seines Lebens Mitte steht die französische Revolution, die auch für Deutschland den Umsturz des alten Wesens brachte und für den preußischen Staat, dem Steins Arbeit und Liebe gehörte, die schwerste Erprobung und Erschütterung heraufführte. Es folgte ein Vierteljahrhundert blutiger Kriege, der unvergleichliche Siegeslauf des Korsen, bis endlich das neue Deutschland, das neue Europa sich bildete. Das waren für Stein die Jahre der Lebenshöhe. Preußens Sturz war der tiefe Einschnitt in sein Arbeitsleben, das nun dem Wiederaufbau Preußens gewidmet ward. Preußens Ohnmacht ließ ihn zum heimatlosen, rechtlosen Flüchtling werden. An Preußens Unglück aber stählte sich die Kraft des Staatsmannes, der unerschütterlich in Acht und Bann der Wiedergeburt des Vaterlandes die Wege bahnte, bis er die Sonne des neuen Tages der Freiheit leuchten sah.

So lebte in Stein das Alte und das Neue. Er war und blieb der Konservative, der in besonnener Klarheit an bewährtem Gut der Vergangenheit festhielt, und zugleich der Mann des Neuen, der vielen als der Vertreter unbedachten Fortschrittes, wohl gar des Umsturzes, erschien. Bis zum König hinauf reichte schließlich die Macht der Verdächtigung, die zur verhängnisvollen Trennung des Königs von seinem treuesten Ratgeber führte, den er dann doch in der Not der Zeit zurückrufen mußte. Aber es ist zu unseres Volkes Schaden dabei geblieben, daß König Friedrich Wilhelm III. die Größe und Eigenart Steins nicht zu ertragen vermochte. So wurden die besten Jahre der gereiften Manneskraft des großen Mannes amtlicher Tätigkeit im Dienste des Vaterlandes entzogen, für das aufstrebende Preußen ein unausdenkbarer Verlust.

Die tiefste, stärkste Wurzel, aus der die kraftvolle Persönlichkeit Steins herauswächst, ist ein Glaube, sein Christentum. Wer hier nicht in irgendeiner Weise mitzuempfinden imstande ist, wird der Größe Steins schwerlich gerecht werden. Denn Stein war ein Bekenner, der mit seiner Ueberzeugung nicht zurückhielt; ein Kämpfer, der gegen den Unglauben auf den Plan trat. Steins jugendliche Werdezeit fällt noch ganz in die Tage des Rationalismus, des Vernunftglaubens, von dem er als Kind seiner Zeit zweifellos beeinflußt war. Die fromme Mutter, die ihm die erste Führerin zum Glauben gewesen ist, stand freilich mit Lavater in Verbindung und Briefwechsel. Aber ihre Briefe an den Sohn atmen doch den Geist der Zeit mit seiner starken Betonung des Moralischen auf Kosten des eigentlichen Religiösen. Wann und wie sich bei Stein der Uebergang von dem in späteren Briefen hart getadelten Rationalismus zum biblischen Christenglauben vollzogen hat, ist schwer zu bestimmen. Ich sollte meinen, daß von einem eigentlichen bewußten Bruch mit überlebten Anschauungen nicht die Rede sein kann, sondern von einer wachsenden Erkenntnis, die wohl vor allem in der Zeit vaterländischen Unglücks und eigener Not sich zu dem Glauben vertieft hat, den der gereifte Mann bis an sein Ende bekannte. Je mehr aber das bewußt Protestantische in Stein sich religiös vertiefte, um so mehr gestaltete es sich zum bewußt Kirchlichen. Wir kennen den Mann auf der Höhe des gereiften Lebens aus dem Denkmal, das ihm dankbare Freundschaft gesetzt hat: E. M. Arndts Wanderungen und Wandlungen mit dem Freiherrn vom Stein. Wie er hier redet, so bekennt und schreibt er auch in seinen Briefen, der Mann des Glaubens und der Mann der Kirche, von dessen Gedanken wir noch heute zehren.

Am faßlichsten und am größten gestaltet sich uns Steins Bild in den Tagen der vaterländischen Not. Und weil wir selbst tief in das furchtbare Erleben vaterländischer Not hineingestoßen worden sind, wird uns hier das Bild des großen Mannes um so lieber und vertrauter, als wir nach der Größe uns sehnen, an der wir mit dem Geschlecht unserer Tage uns aufzurichten vermöchten. Gerade hier gewinnt Steins Gestalt jenes Zeitlose, das ihn in unserer Gegenwart hineinragen läßt, jene Größe, die aus eigener Zeit hervorgewachsen in reicher Fülle Unvergängliches und immer Neues in sich birgt.

Stein war der letzte seines Geschlechts im Mannesstamm. Zwei Töchter erblühten seinem reichgesegneten Hause. In unseren Tagen hat Steins Ururenkel, Graf Kanitz, in Kappenberg ein Stein-Museum begründet, das zu einer Wallfahrtsstätte unseres Volkes werden sollte.

Was hat uns Stein hundert Jahre nach seinem Tode zu sagen? Er sagt uns von vaterländischer Not und ihrer Ueberwindung, er sagt uns von dem Wert eines Mannes, der für seine Zeit und für sein Volk, von dem Wert sittlicher Größe und frommen Christenglaubens, von Gedanken und Erinnerungen, die fortwirken und Frucht bringen; er sagt uns vom Recht und von der Pflicht einer nationalen Opposition.

Was Stein uns gewesen ist und bleibt, sagt uns in schlichter Wahrhaftigkeit die Grabinschrift in Frucht:

Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein,
geboren den 27. Oktober 1757,
gestorben den 29. Juni 1831,
ruhet hier;
der Letzte seines, über sieben Jahrhunderte an der Lahn blühenden Rittergeschlechtes;
demütig vor Gott, hochherzig gegen Menschen,
der Lüge und des Unrechts Feind,
hochbegabt in Pflicht und Treue,
des gebeugten Vaterlandes ungebeugter Sohn,
in Kampf und Sieg Deutschlands Mitbefreier
Ich habe Lust abzuscheiden
und bei Christo zu sein.

*) Einleitung und Schlußwort aus dem 21. Heft der bekannten „Volksschriften des Evangelischen Bundes". „Was sagt uns der Frhr. v. Stein 100 Jahre nach seinem Tode" (einzeln 40 Pf., in Mengen billiger, Verlag des Evangelischen Bundes, Berlin W 10), das das Charakterbild des aufrechten deutschen Mannes auf dem Hintergrunde seiner Zeit zeichnet.

Wie man ums Jahr 1800 über Verarmung und Arbeitslosigkeit urteilte.

Von O. Bungeroth.

Der Unterschied zwischen der heute herrschenden katastrophalen Arbeitslosigkeit und der um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts, also um die Zeit, bevor langsam, aber energisch im Westen Deutschlands der Industrialismus seine Flügel regte, war ein sehr bedeutsamer, zumal, wenn man diese Erscheinung vom sittlichen Standpunkt aus betrachtet.

Die heute herrschende Arbeitslosigkeit beruht glücklicherweise nicht vorwiegend auf Arbeitsscheu der Arbeitnehmer, sondern auf deren tragischem Geschick, daß sie infolge der wirtschaftlichen Krise Arbeit suchen und teilweise mit verzehrender Sehnsucht danach verlangen, aber nicht finden. Um 1800 herum dagegen war es, im Westen unseres Vaterlandes wenigstens, so, daß Arbeitsscheu und Bettelei, vor allem den Rhein hinauf und hinunter, eine allgemein verbreitete Krankheit war. Man ging der noch reichlich vorhandenen Arbeitsgelegenheit geflissentlich aus dem Wege.

Man lese nur einmal darüber die hochinteressanten Schilderungen des Weltreisenden Forster, eines außerordentlich scharfsinnigen Beobachters, der Goethe nahestand. In Köln, wie Aachen z. B. gab es dazumal ganze Familien von Bettlern, die ein Bettelprivileg besaßen zum Almosenheischen an den Kathedralen dieser Städte, dasselbe sogar weiter vererbten und nicht im entferntesten daran dachten, sich auf irgend eine einwandfreie Weise, wenn auch in bescheidenster Form, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, ähnlich, wie vor Jahrzehnten noch die berüchtigte Zunft der italienischen Lazaroni, unter denen glücklicherweise Mussolini gründlich aufgeräumt haben soll.

Alle Kenner der am Rhein und in der jetzigen Industriegegend des Bergischen Landes herrschenden selbsterwählten Armut, wie Forster, führten dieselbe auf die anfänglich wohlgemeinte, aus den Pestzeiten des Mittelalters übernommene, aber übertriebene Wohltätigkeit der Klöster zurück, die dann ein jähes Ende fand, als der Reichsdeputations-Hauptbeschluß von 1802—03 die allgemeine Aufhebung der Klöster herbeiführte. Doch war die Nachwirkung derselben noch bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts am Rhein zu verspüren, wie der katholische Bürgermeister eines Kleinstädtchens einem evangelischen Pfarrer, der sein Studienfreund war, nämlich meinem Vater, versicherte. Die fast unerschwinglichen Armenkosten in der von ihm geleiteten Stadt seien auf die ehemalige übertriebene Wohltätigkeit der fünf Klöster, die bereits seit 50 Jahren aufgehoben waren, zurückzuführen, weil sie ein Heer von Müßiggängern und Bettlern, nicht nur in Notzeiten, sondern auch in Zeiten besserer Arbeitsgelegenheit großgezogen hätten, eine Erscheinung, die zu einer Erbkrankheit sich ausgewachsen habe. Nun wird man katholischerseits demgegenüber einwenden, man hätte eben die Klöster staatlicherseits nicht aufheben sollen, dann hätten dieselben an Stelle des Staates gern die Armen- und Bettlerkosten weiter getragen. Aber eine Erziehung zum Müßiggang ist nach dem bekannten Sprichwort eine bedenkliche Sache.

Interessant ist auch das gesunde Urteil eines Ravensberger Geistlichen, der am Ende des 18. Jahrhunderts eine Reise durch das bergische Land gemacht hat, das in einem feinen Büchelchen niedergelegt ist, welches den Titel führt: „Johann Moritz Schwagers Bemerkungen auf einer Reise durch Westfalen bis an und über den Rhein." Das Büchlein erschien 1804 bei Heinrich Büschler. Schwagers Gedanken über Armen- und Bettlerversorgung klingen in wunderbarer Weise an Vater Bodelschwinghs Beurteilung dieser Fragen an und bestätigen aufs neue die Richtigkeit derselben.

Johann Moritz Schwager war ein Vorgänger des Pietistengenerals Volkening als Pfarrer in Jöllenbeck im Ravensberger Lande, unweit Bielefeld. Er war allerdings nichts weniger als Pietist oder „Mystiker", wie er die Pietisten seiner Zeit in seinem Büchlein nennt, sondern ein literarischer Publizist der vernunftmäßigen Aufklärung oder des Rationalismus und Mitarbeiter mannigfacher Zeitschriften, wie der damals offenbar angesehenen „Westfälischen Nachrichten". Im übrigen scheint er ein treuer und ernstgesinnter Hirte seiner Jöllenbecker Gemeinde gewesen zu sein, in der er 1767 „Prediger" geworden war.

Sein Gesamturteil geben wir im Wortlaut und in seiner Schreibweise wieder, um so das Bild dieses biederen Rationalisten vor dem Auge des Lesers entstehen zu lassen: „Wir können, glaub ich, eine ganz andere Armeneinrichtung von der Zukunft erwarten, da bereits hin und wieder ein guter Anfang gemacht ist; es kömmt nur noch zunächst darauf an, daß die Prediger das Volk über die Natur eines würdigen Almosens belehren. Denn das mechanische, gedankenlose Hinwerfen an jeden Bettler ist noch längst kein Wohltun, keine wahre Wohltätigkeit und, erwerben wir uns durch wahre Almosen den Himmel, wie man glaubt, so verdienen wir uns durch das unüberlegte Hingeben an jeden Bettler die Hölle.

Es kömmt nicht sowohl darauf an, den wirklich Armen, der sich selbst nicht helfen kann, zu unterstützen, als vielmehr darauf, das Armwerden zu verhindern. Ich habe z. E. in einer sehr volkreichen Gemeinde sehr wenige Armenmittel zum willkührlichen Gebrauche, und muß damit reichen. Aber ich nehme auch nicht alles für Armuth, was dafür ausgegeben wird und kann es recht gut ertragen, wenn der faule Tagedieb, der nie nachdenkende Verschwender, bisweilen ihre Schuld büßen. Ich sage es dem liederlichen Gesindel, das als Kinder in den Ehestand hineinplumpt, ehe es etwas hat, auf welches es sich verlassen kann, ehe es Arbeit versteht, um durch sie sein Brot zu erwerben, daß die bittere Armuth folgen werde und daß ich dann, bey den geringen Armenmitteln, nicht würde helfen können. Dies ist keine leere Drohung, man kennt den Zustand meiner Kassen, verläßt sich nicht darauf, sondern auf sich selbst, gewöhnt sich an den Mangel und widersteht ihm durch Fleiß und Einschränken, nicht aber durch das Betteln, welches ich nach und nach schimpflich gemacht habe.

Wir haben nach Maßgabe also wenige Arme, wohl aber Dürftige, und findet sich ein Fall, so erzähle ich ihn meiner Gemeinde und die Hülfe ist da. Dafür siedelt sich aber unter uns kein faules Gesindel an, das sich so gern dorthin zieht, wo reichliche Armenfonds sind, um sich unterstützen zu lassen, und, wer in der Jugend ein liederlicher Wirt war, muß schon äußerst nothleidend seyn, wenn wir uns seiner erbarmen sollen. Ich bin mir keiner Hartherzigkeit bewußt, wenn ich den Unfolgsamen die Folgen seiner Selbstverschuldung empfinden lasse; sein Beispiel schreckt mehr ab, als die treffendste Predigt.

Freilich hat man nicht überall ein so allgemeines Arbeitshaus, als bei uns; das gewöhnlichste Geschäfte ist das Flachsspinnen, jeder, der unsere Achtung verdient, hat selbst Vorrath am Flachse oder kann ihn selbst gebrochen kaufen; verdient er auch nicht viel, so verdient er doch zu einem mäßigen Leben genug, und wer erlaubt ihm auch, unmäßig zu zehren? Es giebt auch unter uns und unserer niedrigen Volksklasse Verschwender, denen mehr nötig ist, als sie mit Ehren erwerben können, und diese haben die Laxe-Moral eingeführt, daß es keyne Sünde sei, Holz, Obst, Garten- und Feldfrüchte diebischer Weise an sich zu bringen. Allein dies Laster hört doch auf, bis zu Einbrüchen und zum Straßenraube zu steigen, seitdem die Polizei aufgewacht ist, und ich ihnen das Schreckliche der Deportation in die Sibirischen Bergwerke begreiflich gemacht habe (dazumal scheinen, auch nach anderen Quellen, preußische Verbrecher nach Sibirien deportiert worden zu sein. D. Bf.).

Dahin muß es noch in allen katholischen Gegenden kommen, wo man bisher sehr falsche Begriffe vom Almosengeben und Almosennehmen gehabt hat und eine übelberechnete Freigebigkeit den Bettel durch alle Generationen einer tgediebischen Familie heiligte. Was man bei uns nicht freiwillig thut, wird man bei uns gezwungen thun und öffentliche Arbeitshäuser werden wohl dem Eingange der Industrie-Schulen Bahn machen müssen. Der Heerd der Bettler erlischt, die Klöster werden nicht mehr Bettelsuppen austheilen können, da die Ex-Ordensleute Mühe haben werden (seit 1802—03) für sich Suppe zu haben... Die Polizei dürfte überhaupt mehr dafür sorgen, daß sich das Volk da, wo es nach aller Wahrscheinlichkeit nicht bestehen kann, nicht so sehr häufe und angehende Eheleute lieber erst befragen: wovon wollt ihr leben? ehe ihnen der Eheconsens gegeben wird. In großen Städten, besonders in volkreichen Residenzen, möchte dies Polizeigeschäfte am wenigsten überflüssig seyn, wo sich soviel leichtsinniges Gesindel sich auf ein Ohngefähr niederläßt, dann nicht leben kann, und auf Unterstützung Anspruch macht, welche am Ende bessere und nützliche Unterthanen da, wo das Auge des Landesvaters nicht hinreicht, aufbringen müssen. Arbeitsamkeit muß das erste Armencapital werden; für solche, denen das Arbeiten physisch unmöglich ist, wird leichter gesorgt, wenn sie vor dem Luxus bewahrt werden."

In der Tat, auch für unsere heutigen Wohlfahrtseinrichtungen beherzigenswerte Gedanken, wenn auch die Zeitumstände oft andere Bedingungen stellen, als vor mehr als 100 Jahren.